



PERSONALENGPASS WEGEN HOHEM ANTRAGSAUFKOMMEN BEIM WOHNUNGSGELD

Veröffentlicht am 16.01.2023 um 10:00 Uhr

In Lübeck muss die offene Sprechstunde für Grundsicherung, Wohnungsgeld und Asylbewerberleistungen am Donnerstagmorgen vom 19. Januar bis 16. März entfallen. Termine können weiterhin zu üblichen Servicezeiten gebucht werden.

Die Gesetzesreformen zum Wohnungsgeld sowie zum Bürgergeld ermöglichen es der Kommune, einer größeren Anzahl an Bürger:innen Hilfen zu gewähren. Für das Wohnungsgeld sind in diesem Jahr bereits weit über 300 neue Anträge gestellt worden, in den ersten 2 Wochen gingen bereits 200 Online-Anträge ein.



Das hohe Antragsaufkommen zeigt, dass die Möglichkeit der Beantragung online von den Bürger:innen sehr gut angenommen wird.

/ Foto: Pixabay

Die Bearbeitung der Anträge stellt den Bereich Soziale Sicherung jedoch auch vor enorme Herausforderungen. Die vorhandenen personellen Ressourcen müssen daher vor allem in der Antragsbearbeitung eingesetzt werden. Daher kann die offene Sprechstunde für die Grundsicherung, Wohnungsgeld und Asylbewerberleistungen am Donnerstagmorgen für den Zeitraum vom 19. Januar bis 16. März 2023 nicht angeboten werden.

Es ist weiterhin möglich, einen Termin für eine Vorsprache oder Antragstellung zu den sonst üblichen Servicezeiten online unter <https://hltermin.luebeck.de/termine> zu buchen. Antragstellungen sind weiterhin auch schriftlich oder für das Wohnungsgeld auch online möglich.